

***Toleranz und Sicherheitsempfinden in einer  
strukturschwächeren Kleinstadt***

**Yvette Völschow  
Marlene Gadzala**

Aus: Erich Marks (Hrsg.):  
Prävention & Demokratieförderung  
Ausgewählte Beiträge des 24. Deutschen Präventionstages  
20. und 21. Mai 2019 in Berlin  
Forum Verlag Godesberg GmbH 2021, Seite 299-313

978-3-96410-006-1 (Printausgabe)  
978-3-96410-007-8 (eBook)

## **Toleranz und Sicherheitsempfinden in einer strukturschwächeren Kleinstadt**

### **Hinführung**

Diskriminierungserfahrungen in Form von Herabsetzung und Benachteiligung auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Lebensbereichen sind für einige gesellschaftliche Gruppierungen alltäglich (vgl. u.a. Scherr et al. 2017). Das fördert womöglich Kluften, die nur noch schwer zu überwinden sind. Die Zunahme immer heterogenerer Bevölkerungsstrukturen und der soziale Brennstoff, der hieraus entstehen kann, begründen die Notwendigkeit von Vorurteilsprävention und Toleranzentwicklung. Das betrifft auch ländliche und kleinstädtische Gemeinschaften, die z.B. durch die zunehmende Internationalisierung der Landwirtschaft, die Wohnsitzzuweisung bei Geflüchteten und die Individualisierung der Lebensentwürfe bei gleichzeitigem Erhalt traditioneller Bräuche vielfältiger werden und womöglich der gezielten Förderung von Offenheit und Toleranz bedürfen.

### **Spezifika ländlicher und kleinstädtischer Räume**

Landgemeinden (bis 5.000 Einwohner\*innen) und Kleinstädte (5.000 bis 20.000 bzw. zuweilen bis 50.000 Einwohner\*innen) unterscheiden sich anhand ihrer Bevölkerungszahlen und ihrer Bedeutung für die jeweilige Region (vgl. Porsche/Milbert 2018; BBSR 2017). Lebensweltlich betrachtet bestehen zwischen beiden Räumen aber durchaus Gemeinsamkeiten. Sowohl mit Blick auf die Lebensentwürfe als auch auf der Ebene zwischenmenschlicher Beziehungen zeigen sich ähnliche Prozesse und Mechanismen. Bei der Konzeption von demokratie- und toleranzfördernden Präventionsangeboten, die an der Lebenswelt der Bevölkerung anknüpfen, sollten die regionalen Strukturen und Gegebenheiten, die das Zusammenleben und den Alltag im Ländlichen und Kleinstädtischen prägen und aus denen ggf. spezifische Herausforderungen hervorgehen, Berücksichtigung finden (vgl. dazu u.a. Völschow/Gadzala 2019; Völschow 2014; Völschow et al. 2013). Da wäre zum einen die homogenere Bevölkerungsstruktur ländlicher und

kleinstädtischer Räume zu nennen. Die Bevölkerung dort ist in ihrer Zusammensetzung weniger vielfältig als in Großstädten. Wenn der Migrationsanteil ortsweise doch erhöht ist, stammen diese Personen meist aus denselben Herkunftsgebieten (z.B. die Gruppe der Spätaussiedler\*innen im Oldenburger Münsterland (vgl. Glander/Hoßmann 2009)). Außerdem variieren die Lebensweisen der einzelnen Bürger\*innen im Vergleich zu denen von Großstädtern deutlich weniger – auch wenn insgesamt eine gegenseitige Annäherung zu beobachten ist (vgl. u.a. Doppler et al. 2009). Gleichwohl werden Traditionsorientierung und Konventionalität auf dem Land noch stärker gelebt (vgl. Scheu/Autrata 2011: 249). Das spiegelt sich nicht zuletzt auch in den dichteren Beziehungsgeflechten und Vernetzungen der einzelnen Lebensbereiche Arbeit, Familie bzw. soziale Kontakte und Freizeit wider. Was ursprünglich u.a. der gegenseitigen Unterstützung bis Abhängigkeit zum Zwecke des Lebenserhalts geschuldet war, prägt immer noch – auch „wenn die Lebensführung im ländlichen Raum heute [weitestgehend] von agrarischen Bezügen gelöst ist“ (Otte/Baur 2008: 113) – die sozialen Beziehungen. Im Allgemeinen lässt sich im Ländlichen eher eine Orientierung hin zu Konsens und Harmonie feststellen. Konflikte werden weniger offen behandelt und die Loyalität zur Gemeinschaft mutet aus Sorge vor Ausschluss z.T. übersteigert an (vgl. Schmidt 2011: 39 ff.).

### **Herausforderung Strukturschwäche**

Bei Landgemeinden und Kleinstädten, die in strukturschwächeren Regionen<sup>1</sup> liegen, ist über die genannten, für ländliche und kleinstädtische Kommunen generell gültigen Besonderheiten hinaus von Bedarfen auszugehen, die bei der Einrichtung von Toleranzförderangeboten und bei der Etablierung dauerhafter Toleranz begünstigender Strukturen relevant sein können. Beispielsweise sind die finanziellen Ressourcen in den öffentlichen Haushalten strukturschwacher Gebiete für qualitativ hochwertige, langfristig ausgelegte Präventionsarbeit vor allem bezüglich einer angemessenen Personalausstattung häufig nicht ausreichend. Sollen Angebote entwickelt werden, muss von vorneherein eine mehr oder weniger chronische Finanzknappheit mit einkalkuliert werden. Die fehlenden monetären Mittel in den Privathaushalten und die damit verbundenen Anstrengungen der Alltagsbewältigung, die in strukturschwächeren Regionen häufiger in Überschuldung und Armut münden, können sich zudem auf die Stimmung und das soziale Mitei-

---

<sup>1</sup> Strukturschwäche wird in der Regel an der Infrastruktur, der Wirtschaftsstärke und der Bevölkerungsstruktur eines Raumes gemessen (vgl. u.a. Wegweiser Kommune 2017).

inander in der Gemeinschaft auswirken. Das Gefühl ökonomischer Bedrohtheit oder gar die direkte Betroffenheit begünstigen bekanntlich Einstellungsmuster, die Demokratie und Toleranz ablehnen (vgl. Heitmeyer 2002 ff.). Nicht zuletzt wird die Sicherheitslage beeinträchtigt, wenn diese Einstellungsmuster z.B. in Straftaten im Bereich politisch motivierter Kriminalität münden (vgl. z.B. BMI 2019). Dadurch kann die Attraktivität der Städte und Gemeinden als Wohn- und Investitionsräume erheblich in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Folge ist ein besonders für strukturschwache Regionen problematischer Teufelskreis: Sinkt aufgrund von fehlenden Investitionen die Attraktivität einer Region, sind Leistungsträger\*innen (junge Menschen und Fachkräfte) eher dazu geneigt, aus der Region abzuwandern. Sozioökonomische Herausforderungen manifestieren sich und die Bedingungen für ein tolerantes, vielfältiges und demokratisches Miteinander werden erschwert.

### **Projekt zu Toleranzförderung in ländlichen und kleinstädtischen Räumen**

In einem vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) über das Programm PRO\*Niedersachsen geförderten Projekt, das in Zusammenarbeit mit dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) e.V. und dem Präventionsrat des Untersuchungsortes durchgeführt wurde, sind unter Einsatz sowohl qualitativer als auch quantitativer Methoden mehrdimensional Informationen dazu erhoben worden, ob und wenn ja, wie und warum sich in ländlich-kleinstädtischen Gebieten Toleranz befürwortende oder ablehnende Einstellungen und Verhaltensweisen zeigen und welche Folgen daraus resultieren (vgl. Völschow/Helms 2016; Völschow/Gadzala 2018). Neben der volljährigen Bevölkerung wurden im Untersuchungsraum auch Schüler\*innen der Jahrgangsstufen 7 bis 10 verschiedener Schulformen sowie professionelle Akteur\*innen aus den Handlungsfeldern Soziale Arbeit, Polizei und Religion/Glaubensvereine mit Blick auf ihre Erfahrungen und Wahrnehmungen zu Toleranz und Prävention sowie zu Sicherheit und zum Sicherheitsgefühl befragt. Im Folgenden werden erste ausgewählte Ergebnisse zusammengefasst.

## Perspektiven professioneller Vorortakteur\*innen zu Toleranz und Sicherheit im Untersuchungsraum

Für die Erhebung der Sichtweisen professioneller Akteur\*innen zu Toleranz und Sicherheit(-sgefühl) sowie zu möglichen Ansatzpunkten für Präventionsangebote vor Ort wurden insgesamt 15 Expert\*innen-interviews (vgl. Gläser/Laudel 2010) geplant, durchgeführt und inhaltsanalytisch ausgewertet (vgl. Mayring 2003).

<b>Berufsfelder</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Soziale Arbeit in den Feldern Bildung, Migration, Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Senioren, Menschen mit Suchterkrankungen</li> <li>- Polizei</li> <li>- Kommune / Verwaltung</li> <li>- Gewerkschaft</li> <li>- Religion / Glaubensvereine</li> </ul>	9 Teilnehmer*innen  2 Teilnehmer*innen 2 Teilnehmer*innen 1 Teilnehmer*in 1 Teilnehmer*in
<b>Geschlecht</b>	männlich weiblich	9 Teilnehmer*innen 6 Teilnehmer*innen
<b>Berufserfahrung (ø) im z.Z. ausgeübten Beruf</b>	29 Jahre (min. 1; max. 38)	

Tab. 1: Stichprobensample

Die eruierten Wahrnehmungen der Befragten zur Ausprägung von Toleranz im Untersuchungsraum gehen weit auseinander. Während einige durchaus eine offene, tolerante Grundhaltung in der Bevölkerung erkennen, beschreiben andere das genaue Gegenteil: Für soziale Minderheiten sei das Wohnen dort „kein Vergnügen“ (Int. 5, Z 431/432). Zwar würde der Großteil der Bürger\*innen aufgrund sozialer Erwünschtheit (vgl. u.a. Mummendey 1981) – ein im Ländlichen besonders verhaltenssteuernder Faktor – öffentlich eine tolerante Haltung vorgeben, diese sei aber „im Hinterstübchen“ (Int. 7, Z 49 ff.) deutlich weniger stark ausgeprägt und teilweise an Bedingungen geknüpft. So würde Toleranz durch einige Bürger\*innen z.B. nur eingeschränkt oder gar nicht gelebt, wenn für sie ein persönlicher Aufwand oder finanzieller Nachteil dadurch entstünde. Generell zeige sich die Bevölkerung Neuem gegenüber eher zurückhaltend.

Ähnlich divergierend wie die Aussagen zur Ausprägung von Toleranz sind die Erörterungen der Interviewten zum Aufkommen politisch radikaler, insbesondere extrem rechts orientierter Einstellungsmuster. Dabei kann ein Zusammenhang mit dem Tätigkeitsfeld der Befragten vermutet werden. Während vor allem Vertreter\*innen aus dem Berufsfeld der Sozialen Arbeit davon berichten, dass am Untersuchungsort rechtsextreme Einstellungsmuster szenartig vorhanden seien, nehmen Vertreter\*innen der Berufsfelder öffentliche Verwaltung und

Polizei diese Einstellungsmuster nicht wahr. Über die Ursachen solch gegensätzlicher Einschätzungen lässt sich an dieser Stelle nur spekulieren. Eventuell bewerten Vertreter\*innen der Sozialen Arbeit, die – das muss an dieser Stelle berücksichtigt werden – im Sample aufgrund ihrer unterschiedlichen Einsatzfelder wesentlich öfter befragt wurden und damit überrepräsentiert sind, entsprechende Situationswahrnehmungen kritischer. Möglicherweise haben sie, je nach Handlungsfeld, aber auch einen niedrighwelligeren und weniger formellen Zugang zu Personen und damit günstigere Informationsquellen, um Hinweise auf etwaige Phänomene zu bekommen.

Als Risikofaktoren für Ressentiments gegenüber sozialen Minderheiten werden aus der Sicht der Befragten vor allem die am Untersuchungsort überdurchschnittlich hohe Armutsquote sowie das damit verbundene Erleben von Ungleichheit gesehen. Dieses Ergebnis deckt sich mit denen aus Heitmeyers bundesweiten Befragungen (vgl. 2002 ff.). So habe beispielsweise die allgemeine Spenden- und Unterstützungsbereitschaft im Zuge der Flüchtlingsbewegung besonders bei sozial benachteiligten Familien ohne Migrationshintergrund für Unverständnis gesorgt. Es fehle immer wieder an – insbesondere materiellen – Hilfsangeboten. Zugewanderte Familien seien dagegen, so werde von Bürger\*innen wiederholt geäußert, bevorteilt. Das schmälere aus Sicht mehrerer Befragter aller Berufsfelder deutlich die Bereitschaft der Bevölkerung, neu Zugewanderte offen aufzunehmen. Darüber hinaus erwachse daraus eine grundlegende Politik- und Systemverdrossenheit, die Nährböden für rechtsextreme Einstellungen liefere.

Als zentrales Mittel, derartigen Tendenzen entgegen zu wirken, beschreiben die Interviewten eine tolerante Grundhaltung, die das Denken und Handeln der professionellen Akteur\*innen in ihren jeweiligen Berufsfeldern präge und vor Ort prinzipiell auch anzutreffen sei. Im kleinstädtischen Untersuchungsgebiet seien durch die hier über Jahrzehnte gewachsenen regionalen Netzwerke, eine geringe Stellenfluktuation sowie hohe Kontakthäufigkeiten zwischen den professionellen Akteur\*innen und den Bürger\*innen in unterschiedlichen Rollenkonstellationen gute Voraussetzungen dafür gegeben, Toleranz per Grundhaltung im Alltag zu verankern. Als herausfordernd beurteilen die Befragten die oft mangelnde verankerte Reflexion dieser Grundhaltung im eigenen beruflichen Alltag; jedoch auch dem der Kolleg\*innen – z.B. über Selbstevaluation und auch Supervision. Solch eine Reflexion müsse, damit der „Toleranzgedanke“ (Int. 8, Z 48) immer weiter gepflegt und nicht beeinträchtigt werde, regelmäßig erfolgen. In der

Praxis werde das aber oft nicht ausreichend umgesetzt. Die Befragten führen auch das auf die eingeschränkten Mittel – Zeit und Personal seien oft knapp – und das fehlende Bewusstsein für die Notwendigkeit zurück. Dabei seien besonders Akteur\*innen der Sozialen Arbeit und der Polizei gefordert, ihre Haltung immer wieder zu reflektieren. Beide Berufsfelder würden oft „in Randbereichen der (...) Gesellschaft“ (Int. 8, Z 47) agieren und Toleranz müsse sich vor dem Hintergrund des Gleichheitssatzes zwingend im Denken und Handeln der Akteur\*innen niederschlagen. Deshalb bedauern die Interviewten in diesem Zusammenhang, dass im Zuge von Kosten-Nutzen-Abwägungen gewöhnlich keine oder nur selten spezifische Angebote zur Toleranzförderung im Beruf, deren Wirksamkeit auch tatsächlich entsprechend überprüft wird, initiiert werden.

In der qualitativen Befragung wurden neben toleranzbezogenen Informationen auch solche zur Sicherheit und zum Sicherheitsgefühl vor Ort erhoben. Demnach existieren in der Bevölkerung offenbar Ressentiments gegenüber bestimmten sozialen Gruppen, die auch mit einer subjektiv empfundenen Verunsicherung verbunden sind. So berichten die Befragten – insbesondere der Polizei – z.B. davon, dass zeitgleich zur Flüchtlingsbewegung die Nachfrage nach Beratungen zu technischer Prävention von Diebstahl, Einbruch und Überfall überproportional zugenommen haben. Auch spezielle Selbstverteidigungskurse für Senior\*innen seien überaus stark besucht. Das Sicherheitsgefühl derjenigen, die sozialen Randgruppen angehören, wird durch die Befragten hingegen einheitlich so eingeschätzt, dass man sich sicher fühle. Diese Annahme impliziert mit Blick auf die Ressentiments insbesondere gegenüber zugewanderten Personen eine eindeutige und u.a. bereits in der Forschung zur Darstellung ethnischer Minderheiten in den Massenmedien (vgl. z.B. Bonfadelli/Moser 2007) festgestellte Rollenzuweisung: Während Personen ohne Migrationshintergrund als die Verunsicherten gesehen werden, wird Personen mit Migrationshintergrund die Rolle der Verunsicherer zugeschrieben (vgl. dazu auch schon Elias/Scotson [1965] 2002).

Insgesamt betonen die Befragten aber – vor allem die Vertreter\*innen der Kommune und auch der Polizei als Sicherheitsgaranten – die im Vergleich mit großstädtischen Gebieten hohe objektive Sicherheit vor Ort, wie sie für ländliche und kleinstädtische Räume auch per Statistik immer wieder ausgewiesen wird (vgl. Oberwittler/Gerstner 2011: 129; Oelkers/Schierz 2016: 147).

Die Aussagen der Expert\*innen lassen schließlich die Schlussfolgerung zu, dass es im ländlichen und kleinstädtischen Raum durchaus offene, tolerante, aber auch weniger offene, intolerante Haltungen gibt. Tendenziell scheint die Bevölkerung eher zurückhaltender und skeptischer bei neuen Einflüssen und bei Veränderungen. Außerdem gehe eine angespannte finanzielle Situation im kommunalen Haushalt aber auch in den privaten Haushaltsbudgets zulasten der Bereitschaft, jemandem entgegen zu kommen bzw. etwas zu gönnen.

Spezifische bevölkerungsadressierte Toleranzförderprogramme werden kaum aufgelegt. Dafür fehlen die finanziellen Mittel und zum Teil treten konkrete Bedarfe aus der Besorgnis um das Ansehen als möglicher attraktiver Wohn- und Investitionsort gar nicht oder nur bedingt zu Tage. Die bereits oben als Teil eines Teufelskreises skizzierte Furcht vor Stigmatisierung als z.B. rechtes Pflaster, bringt dabei möglicherweise die Gefahr der Ausblendung gegebener Umstände mit sich.

### **Bürger\*innenbefragung zu Toleranz und Sicherheit im Untersuchungsraum**

Dem mehrperspektivischen Untersuchungsansatz des Projektes folgend, wurden über die Befragungen der professionellen Akteur\*innen hinaus 5.002 zufällig ausgewählte volljährige Bürger\*innen in den nach Schulbezirken differenzierten Untersuchungsquartieren postalisch zur Teilnahme an einer standardisierten Befragung eingeladen. In zwei Erhebungsrunden wurden die Meinungen und Sichtweisen zu Toleranz und zum Sicherheit(-sgefühl) sowie möglichen Ansatzpunkten für Präventionsangebote von insgesamt fast 5 % der Bevölkerung (n = 1.268) im Untersuchungsgebiet erfasst.

Das Durchschnittsalter der Stichprobenteilnehmer\*innen liegt bei 54,9 Jahren, wobei der/die jüngste Teilnehmer\*in zum Zeitpunkt der Befragung 18 Jahre und der/die älteste Teilnehmer\*in 95 Jahre alt war. Das Geschlechterverhältnis ist ausgeglichen und die Verteilung des Merkmals Religionszugehörigkeit entspricht der Grundgesamtheit: Für die Region überwiegen erwartungsgemäß die Anteile der Personen mit evangelischer Konfession und der Personen ohne Konfessionszugehörigkeit. Verheiratete Personen sind in der Stichprobe leicht überrepräsentiert. Der Anteil der Personen mit eigener Migrationserfahrung liegt mit 5 % deutlich unter dem Anteil in der Grundgesamtheit (11,2 %). Auch die Anteile der Arbeitslosen (5 %) und der Hochqualifizierten (3,8 %) sind unterrepräsentiert: Im Untersuchungsraum sind 11,5 % der Bürger\*innen ohne Arbeit und 5,6 % haben einen akademischen Abschluss.

Um Strukturgleichheit zur Grundgesamtheit zu erzeugen, wurden in Bezug auf ausgewählte soziodemografische Merkmale in den Auswertungen Gewichtungen durchgeführt.

Ausgehend von der Annahme, dass die Befürwortung intoleranter und antidemokratischer Einstellungen Sicherheit und Sicherheitsempfinden – zentrale Faktoren für Wohnzufriedenheit und empfundene Lebensqualität (vgl. Völschow/Helms 2014) – beeinträchtigt, wurden die Teilnehmer\*innen zunächst danach gefragt, wie gerne sie in ihrem Stadtteil leben und wie sie die Lebensqualität im Untersuchungsort beurteilen. Quartiersübergreifend leben die Befragten gerne in ihrem Stadtteil und bewerten die Lebensqualität vor Ort als befriedigend.

Auch bei der Frage danach, was den Teilnehmer\*innen an ihrem Stadtteil besonders gut oder nicht gefällt, zeichnet sich ab, dass die Bevölkerung ihre Wohnumgebung generell positiv bewertet. Die Befragten benennen mehr als doppelt so viele positive Eigenschaften ihrer Stadtteile als negative. Als besonders schätzenswert werden die Ruhe (40,0 %), die kurzen Wege (26,4 %), die Gemeinschaftsorientierung (15,5 %), die Ländlichkeit und die Nähe zur Natur (11,9 %) sowie das Angebot an Grundversorgungseinrichtungen (9,4 %) hervorgehoben. Für Unmut sorgen hingegen sogenannte Incivilities wie schlechte Straßenverhältnisse (10,1 %) – die nicht zuletzt auch das Sicherheitsempfinden der Bürger\*innen nachts beeinträchtigen – ungepflegte Immobilien und ungepflegte öffentliche Flächen (7,5 %) sowie punktuelle hohe Verkehrsbelastungen (6,5 %). Dieses Ergebnis bestätigt sich auch z.T. in der Auswertung einer gezielten Frage nach diversen Alltagsirritationen und Delikten. Die Themen Müll und Unordnung (18,4 %) sowie Verkehr (14,7 %) – insbesondere undiszipliniertes Fahren – werden von der Bevölkerung auch dort als am meisten störend angegeben.

Die Qualität der Nachbarschaften und des sozialen Miteinanders wird in den befragten Quartieren sehr unterschiedlich bewertet. Die Stadtteile, die sozioökonomisch besser gestellt sind, erzielen auch höhere Ergebnisse im Bereich sozialer Kohäsion. Während im gutbürgerlichen Stadtteil 88,9 % der Befragten angegeben haben, dass sie ihre Nachbarn gut kennen, sind es im sozial schwächsten Stadtteil nur 66,0% der Befragten. Auch die Ergebnisse zur Frage nach dem Vertrauen in der Nachbarschaft liegen weit auseinander: Im besser situierten Stadtteil nehmen zum Beispiel nur wenige der Befragten an, dass man den Leuten in der Nachbarschaft nicht vertrauen könne (8,2 %). Im sozial schwächsten Stadtteil sind fast ein Viertel der Befragten die-

ser Meinung (24,3 %). Dasselbe gilt für die Häufigkeit von Konflikten in der Nachbarschaft. Im benachteiligten Quartier sind es 18,8 % der Befragten, die häufig Streitigkeiten in der Nachbarschaft wahrnehmen – dagegen sind es nur 5,2 % der Befragten im Stadtteil mit dem höheren sozioökonomischen Status.

Das Sicherheitsgefühl der Bürger\*innen tagsüber fällt erwartungsgemäß mehrheitlich hoch aus. Nur 5 % der Teilnehmer\*innen haben angegeben, dass sie sich tagsüber in ihrem Stadtteil eher unsicher oder sehr unsicher fühlen. In Gegenüberstellung mit einer ländlich-kleinstädtischen Vergleichsregion (1,9 %) (vgl. Völschow/Helms 2014: 128 ff.) und mit dem Land Niedersachsen (4,3 %) (vgl. LKA Niedersachsen 2018: 21) fällt das Sicherheitsgefühl am Tage jedoch geringer aus. Auch das Sicherheitsgefühl nachts ist in diesem Vergleich niedriger. Es entspricht zwar in etwa dem Sicherheitsgefühl in der gegenübergestellten ländlich-kleinstädtischen Region, im Vergleich mit den niedersachsenweiten Werten ist aber ein deutlicher Unterschied festzustellen. Bei Dunkelheit ist das Sicherheitsgefühl in der ländlich-kleinstädtischen Untersuchungsregion viel stärker beeinträchtigt als es in Niedersachsen generell der Fall ist (vgl. Tab. 2).

	sehr sicher	ziemlich/ eher sicher	nicht so sicher/ eher unsicher	sehr unsicher	keine Angabe
ländlich-kleinstädtische Untersuchungsregion	11,5%	55,0%	26,4%	6,2%	0,9%
ländlich-kleinstädtische Vergleichsregion	12,0%	53,0%	27,9%	7,0%	---
Niedersachsen	23,5%	56,2%	15,6%	2,6%	2,2%

Tab. 2: Sicherheitsgefühl nachts

Die Angaben der Befragten zu bestimmten Orten im eigenen Stadtteil, an denen sie sich nachts oder gar immer unsicher fühlen, variieren stark. Einhelliger beantworten die Teilnehmer\*innen die Frage nach Unsicherheitsorten im gesamten Stadtgebiet. Am häufigsten wird der Bahnhof als Unsicherheitsort eingeschätzt. Ein Viertel der Befragten (25,2 %) fühlt sich dort nicht sicher. Als zweitunsicherster Ort gilt ein Stadtteil, der im Vergleich zu den übrigen Stadtteilen sozioökonomisch eher weniger stark aufgestellt ist und durch die Bevölkerung sowie auch durch die zuvor befragten professionellen Akteur\*innen quartiersübergreifend als sozialer Brennpunkt etikettiert wird (8,1 %). Am drittunsichersten empfinden die Bürger\*innen die Innenstadt im Bereich der Fußgängerzone (7,9 %).

Die Ursachen für Unsicherheit im eigenen Stadtteil werden in den Quartieren übereinstimmend benannt: Unzureichende Beleuchtung ist der Hauptkritikpunkt. Dabei werden insbesondere auf LED-Beleuchtung umgerüstete Straßenlaternen bemängelt. Die Laternenumgebung werde nun aufgrund der veränderten Lichtstreuung deutlich dunkler empfunden. Die Ursachen für Unsicherheit im gesamten Stadtgebiet sind hingegen weniger sach- als personenbezogen. Die Befragten empfinden – und das ist besonders interessant vor dem Hintergrund des Toleranzgedankens – vor allem zwielichtige, pöbelnde und/oder alkoholisierte Personen (11,5 %), denen z.T. auch das Merkmal fremd (6,5 %) zugeschrieben wird, als verunsichernd (vgl. zum Prozess des sog. Otherings auch Castro Varela/Mecheril 2016).

Dass Land- und Kleinstadtbevölkerungen offenbar noch eher Zurückhaltung gegenüber Fremden üben als das in urbanen Zentren der Fall ist, bestätigt sich auch in den Ergebnissen zu der Frage danach, für wie tolerant und offen die Befragten die Bevölkerung in ihrem ländlich geprägten Untersuchungsgebiet halten. 28,3 % der Teilnehmer\*innen meinen, dass die dortige Bevölkerung weniger tolerant oder sogar intolerant sei. Der Großteil der Antwortenden begründete die Einschätzungen dabei nicht. Diejenigen, die Gründe anführten, sahen die Intoleranz in der Bevölkerung u.a. durch das vergleichsweise hohe Alter der Bevölkerung bedingt (7,2 % aller Befragten). Ein erhöhter Altersdurchschnitt zeigt sich auch in den objektiven Daten (Medianalter in Nordenham 48,1 Jahre, in Niedersachsen 46,5 Jahre (vgl. Wegweiser Kommune 2017: online)). Darüber hinaus sehen die Teilnehmer\*innen in der Bevölkerung eine eher konservative Denkrichtung (5,6 %), die mit einer gewissen Festgefahrenheit (4,5 %) und einer weniger offenen Haltung für Neues einhergehe (4,2 %). Besonders skeptisch seien die Bürger\*innen gegenüber Personen mit Migrationshintergrund (9,2 %) – also den Anderen – wobei offenbar unerheblich ist, ob diese Personen aus dem Ausland oder als Personen ohne ausländische Migrationserfahrung aus einem anderen Landkreis oder Bundesland zugewandert sind.

Alle Teilnehmer\*innen der Bürger\*innenbefragung wurden darüber hinaus gefragt, ob sie selber schon einmal aufgrund ihrer Herkunft, Religion, Sexualität, ihres sozialen Status oder aus einem anderen Grund diskriminiert wurden. Verglichen mit Ergebnissen aus einer bundesweiten Studie (vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2017) können die ermittelten Ergebnisse für den ländlich-kleinstädtischen Raum als erfreulich eingestuft werden. Während bundesweit

fast ein Drittel der Befragten angegeben hat, dass sie schon einmal eine Diskriminierung erlebt haben, waren es im Untersuchungsraum gerade einmal 8,8 %. Die Gründe für Diskriminierung sind hingegen deckungsgleich. Wenn auch die meisten Befragten im hier untersuchten ländlich-kleinstädtischen Bereich die Diskriminierungsgründe nicht näher benannt haben, stimmen die am häufigsten genannten Gründe für Diskriminierung doch mit den in der Bundesstudie genannten überein: Herkunft, Geschlecht, Behinderung, religiöse Orientierung und äußeres Erscheinungsbild (vgl. ebd.).

Warum durch die Teilnehmer\*innen im Untersuchungsraum deutlich seltener als in deutschlandweiten Befragungen insgesamt Gründe für die eigenen Diskriminierungserfahrungen angegeben wurden, kann nicht mit Sicherheit bestimmt werden. Einerseits ist es möglich, dass im ländlich-kleinstädtischem Raum letztlich doch weniger (offen) diskriminiert wird oder aber, dass für Diskriminierung prädestinierte Personengruppen im Sample unterrepräsentiert waren. Andererseits könnte eine Rolle spielen, dass zu einem Gefühl des Diskriminiert-werdens von Grund auf an eine Sensibilität für Diskriminierungsprozesse vorhanden sein muss. Wer z.B. im traditionellen Rollenbild sozialisiert wurde und auch im Erwachsenenalter in diesem Bild verhaftet ist, wird geschlechterbedingte Diskriminierungen womöglich gar nicht erst als solche erkennen. In Bezug auf die durch die Teilnehmer\*innen benannten Gründe für Diskriminierungserfahrungen ist erwähnenswert – auch wenn die Fallzahlen an dieser Stelle gering und diesbezügliche Aussagen daher nicht belastbar sind – dass der Hauptanteil derjenigen, die sich schon einmal aufgrund ihrer ethnischen Herkunft diskriminiert gefühlt haben, Personen deutscher Herkunft sind (elf von 22 Diskriminierungserfahrung bestätigenden Antworten mit insgesamt fünf verschiedenen Herkünften). Die Wohnorte dieser Personen befanden sich zum Zeitpunkt der Befragung in den eher heterogeneren, sozial schwächeren Gebieten.<sup>2</sup> Man habe das Gefühl, man sei dort deplatziert, nicht erwünscht und müsse sich sogar für seine deutsche Herkunft rechtfertigen. Diese Äußerungen machen Ängste deutlich: die Angst vor Überfremdung und vor dem Verlust dessen, was eigentlich einmal mit der eigenen Heimat verbunden wurde.

---

<sup>2</sup> Trotz der geringen Fallzahlen sollten diese Informationen berücksichtigt werden, da die betreffende Personengruppe in der Stichprobe stark unterrepräsentiert ist – der Rücklauf aus den sozial schwächeren Quartieren gestaltete sich insgesamt deutlich geringer als der aus den übrigen Quartieren.

## Schlussfolgerungen

Es lässt sich resümieren, dass die beschränkten finanziellen Mittel, mit denen alltäglich in strukturschwachen Regionen ausgekommen werden muss, die daraus resultierenden Herausforderungen, die nicht selten in Existenzfragen münden sowie der für ländlich-kleinstädtische Räume typische erhöhte soziale Kontroll- und Anpassungsdruck, aus dem Tendenzen des (Ver-)Schweigens folgen können, die Anbahnung und Durchführung von Toleranzförderangeboten in ländlich-kleinstädtischen Räumen beeinträchtigen können.

Lösungsansätze könnten darin liegen, möglicherweise noch vorhandene, aber nicht auf Toleranzförderung spezialisierte Ressourcen zu aktivieren. Wenn fachliche Zuständigkeiten aufgeweicht werden und alle Einrichtungen vor Ort auch am Thema Toleranzförderung mitarbeiten – unabhängig ihres eigentlichen Aufgabenschwerpunktes – dürfte das das kommunale Budget schonen und eine Selbstverständlichkeit im Umgang mit der Thematik begünstigen. Möglichen Ängsten vor Zuschreibungen und Stigmatisierungen als z.B. intolerant oder gar extremismusanfällig – sei es auf kommunaler Ebene oder beim Einzelnen – kann so eher begegnet werden. Eine proaktive Herangehensweise an das Thema Toleranz unterstützt nicht zuletzt die – gerade für strukturschwache Gebiete, die ohnehin mit Abwanderung kämpfen – wichtige Imagepflege. Die Potentiale für eine einrichtungsumfassende bzw. vielmehr einrichtungsumfassende Herangehensweise sind auf dem Land – und weitestgehend auch in der Kleinstadt – durchaus gegeben, weil zivilgesellschaftliche Organisationen dort viel eher bereit sind, neben ihren eigentlichen Aufgabenfeldern auch unspezifische Hilfe zu leisten.<sup>3</sup> Wichtig scheint dabei das Eruiieren und vor allem Aktivieren von Schlüsselpersonen, die engagierter Teil des Netzwerkes sind, das Vorhaben unterstützen und in ihre Einrichtungen tragen.

In den konkreten sozialpolitischen Anstrengungen sollten die Kommunen und auch die gemeinnützigen Institutionen vor Ort schlussendlich berücksichtigen, dass Ängste z.B. vor Überfremdung, die zu Teilen in der Bevölkerung vorhanden zu sein scheinen, von politisch rechtsextremorientierten Lagern allzu oft dazu instrumentalisiert werden, um in eigener Sache zu werben. Das Wahr- und Ernstnehmen dieser Ängste, das auch in die Bevölkerung hinein kommuniziert und gezielt in Präventionsprojekten aufgegriffen wird – wie z.B. über das Zusammen-

---

<sup>3</sup> Dem liegt eine im Vergleich mit Großstädten im ländlichen Raum traditionell höhere Engagementquote im Ehrenamt zugrunde (vgl. dazu u.a. Lausch 2009: 12 f.).

führen der Gruppen und gezielter Vermittlungs-/Aufklärungsarbeit zwischen ihnen – scheint an dieser Stelle empfehlenswert.<sup>4</sup>

## Literatur

- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2017): Diskriminierung in Deutschland. Dritter Gemeinsamer Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und der in ihrem Zuständigkeitsbereich betroffenen Beauftragten der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages. [online] URL: [https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/BT\\_Bericht/Gemeinsamer\\_Bericht\\_dritter\\_2017.html](https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/BT_Bericht/Gemeinsamer_Bericht_dritter_2017.html) [zuletzt abgerufen am 31.08.2019].
- Bonfadelli, H./Moser, H. (Hrsg.) (2007): Medien und Migration. Europa als multikultureller Raum? Wiesbaden: VS.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (2019): Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2018. Bundesweite Fallzahlen. [online] URL: [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2019/pmk-2018.pdf;jsessionid=FB76C01AAB718A34F06320411A29A993.1\\_cid364?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2019/pmk-2018.pdf;jsessionid=FB76C01AAB718A34F06320411A29A993.1_cid364?__blob=publicationFile&v=3) [zuletzt abgerufen am 31.08.2019].
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2017): Expertise Kleinstädte. Sammlung von Ideen | Beispielen | Projekten | Szenarien zur Entwicklung zukunftsfähiger Kleinstädte. BBSR-Online-Publikation 19/2017, Bonn. [online] URL: [https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2017/bbsr-online-19-2017-dl.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2017/bbsr-online-19-2017-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2) [zuletzt abgerufen am 31.08.2019].
- Castro Varela, M. /Mecheril, P. (Hrsg.) (2016): Die Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik der Gegenwart. Bielefeld: transcript.
- Doppler, W./Gross, H./Hell, B./Holzner, W./Kumpfmüller, M./Mikocki, J./Neumayr, U. J./Schwarz, F. (2009): StadtundLand. Zwei Lebenswelten und ihre Bewohner. Wien, Köln, Weimar: Böhlau.

---

<sup>4</sup> Neben dem Land Niedersachsen für die finanzielle Unterstützung des Projektes danken wir Frau Dr. Wiebke Janßen für die Durchsicht des Manuskriptes und ihre hilfreichen Anmerkungen dazu.

- Elias, N./Scotson, J. L. [1965] (2002): *Etablierte und Außenseiter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Glander, M.-L./Hoßmann, I. (2009): *Land mit Aussicht. Was sich von dem wirtschaftlichen und demografischen Erfolg des Oldenburger Münsterlandes lernen lässt*. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. [online] URL: [https://www.berlin-institut.org/fileadmin/user\\_upload/Land-mit\\_Aussicht/LmA\\_final.pdf](https://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Land-mit_Aussicht/LmA_final.pdf) [zuletzt abgerufen am 31.08.2019].
- Gläser, J./Laudel, G. (2010): *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*. Wiesbaden: VS.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2002 bis 2011): *Deutsche Zustände*. Frankfurt am Main/Berlin: Suhrkamp.
- Landeskriminalamt (LKA) Niedersachsen (2018): *Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2017. Bericht zu Kernbefunden der Studie*. [online] URL: <https://www.lka.polizei-nds.de/forschung/dunkelfeldstudie/dunkelfeldstudie--befragung-zu-sicherheit-und-kriminalitaet-in-niedersachsen-109236.html> [zuletzt abgerufen am 31.08.2019].
- Lausch, S. (2009): *Je ländlicher, desto engagierter!* In: *LandInForm – Magazin für ländliche Räume*. DVS – Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume. Ausgabe 1/2009. S. 12/13.
- Mayring, P. (2003): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Beltz.
- Mummendey, H. D. (1981): *Methoden und Probleme der Kontrolle sozialer Erwünschtheit (Social Desirability)*. *Zeitschrift für Differentielle und Diagnostische Psychologie*, 2. S. 199-218.
- Oberwittler, D./Gerstner, D. (2011): *Kriminalgeographie Baden-Württembergs (2003-2007). Sozioökonomische und räumliche Determinanten der registrierten Kriminalität*. [online] URL: [https://www.mpicc.de/files/pdf1/mpi\\_a6\\_kapitel\\_5\\_zusammenfassung.pdf](https://www.mpicc.de/files/pdf1/mpi_a6_kapitel_5_zusammenfassung.pdf) [zuletzt abgerufen am: 31.08.2019].
- Oelkers, N./Schierz, S. (2016): *Ländliche und kleinstädtische Sicherheitsmentalitäten*. In: Dollinger, B./Schmidt-Semisch, H. (Hrsg.): *Sicherer Alltag?* Wiesbaden: Springer. S. 147-171.
- Otte, G./Baur, N. (2008): *Urbanism as a Way of Life? Räumliche Variationen der Lebensführung in Deutschland*. *Zeitschrift für Soziologie* 37. S. 93-116.
- Porsche, L./Milbert, A. (2018): *Kleinstädte in Deutschland: Ein Überblick*. In: *Informationen zur Raumentwicklung (IzR)*, Heft 6/2018. S. 4-21. [online] URL: [https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/IzR/2018/6/Inhalt/downloads/einfuehrung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/IzR/2018/6/Inhalt/downloads/einfuehrung.pdf?__blob=publicationFile&v=2) [zuletzt abgeru-

- fen am 31.08.2019].
- Scherr, A./El-Mafaalani, A./Yüksel, G. (Hrsg.) (2017): Handbuch Diskriminierung. Wiesbaden: VS.
- Scheu, B./Autrata, O. (2011): Theorie Sozialer Arbeit. Gestaltung des Sozialen als Grundlage. Wiesbaden: VS.
- Schmidt, T. (2011): Einheimische und Zugereiste. Partizipation und soziale Modernisierung im ländlichen Raum. Wiesbaden: VS.
- Völschow, Y. (Hrsg.) (2014): Kriminologie ländlicher Räume: Eine mehrperspektivische Regionalanalyse. Wiesbaden: VS.
- Völschow, Y./Gadzala, M. (2018): Zwischen Stadt und Land. Kleinstadtperspektiven auf die Themen Sicherheit und Toleranz. In: VECTOR – Das Vechtaer Forschungsmagazin. S. 12/13.
- Völschow, Y./Gadzala, M. (2019): Zwischen Policing und Self-Policing: Handlungsstrategien im Alltag und Deutungsstrukturen professioneller AkteurInnen vor Ort. In: Klimke, D./Oelkers, N./Schweer, M. (Hrsg.): Sicherheitsmentalitäten im ländlichen Raum. VS: Wiesbaden. S. 277-292.
- Völschow, Y./Helms, Z. M. (2014): Vechtaer Bürgerbefragung zum subjektiven Sicherheitsempfinden. In: Völschow, Y. (Hrsg.): Kriminologie ländlicher Räume. Eine mehrperspektivische Regionalanalyse. Wiesbaden: VS. S. 89-186.
- Völschow, Y./Helms, Z. M. (2016): Toleranzförderung und Sicherheit. Eine kriminologische Analyse ländlicher Kleinstädte in Niedersachsen. In: VECTOR – Das Vechtaer Forschungsmagazin. S. 32/33.
- Völschow, Y./Janßen, W./Helms, Z. M. (2013): Subjektives (Un-)Sicherheitsempfinden in ländlich geprägten Regionen. Exemplarische Ergebnisse einer Bürgerinnen- und Bürgerbefragung im Landkreis Vechna. In: Forum Kriminalprävention. Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention. Heft 1/2013, S. 33-38.
- Wegweiser Kommune (2017): Statistische Daten. Stadt Nordenham. Bertelsmann Stiftung. [online] URL: <https://www.wegweiser-kommune.de/statistik/nordenham+demographischer-wandel+2017+kreis+land+tabelle> [zuletzt abgerufen am 15.01.2020].
- Wegweiser Kommune (2017): Typ 5. Städte und Gemeinden in strukturschwachen ländlichen Räumen. Bertelsmann Stiftung. [online] URL: <https://www.wegweiser-kommune.de/documents/10184/33037/Demographietyp+5.pdf> [zuletzt abgerufen am 31.08.2019].

## **Inhalt**

Vorwort der Herausgeber 7

### **I. Der 24. Deutsche Präventionstag im Überblick**

*Erich Marks*

Zur Eröffnung des 24. Deutschen Präventionstages 11

*Erich Marks*

Zusammenfassende Gesamtdarstellung des  
24. Deutschen Präventionstages 27

*Merle Werner, Rainer Strobl*

Evaluation des 24. Deutschen Präventionstages  
am 20. und 21. Mai 2019 in Berlin 67

### **II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte**

*Rami Ali, Felix Lippe*

Jamal al-Khatib – Mein Weg! Partizipatives Online  
Streetwork gegen gewalttätigen Fanatismus 117

*Lan Böhm*

Demokratiestärkung und Extremismusprävention in ländlichen  
und strukturschwachen Räumen – Das Bundesprogramm  
„Zusammenhalt durch Teilhabe“ 143

*Jens Borchert, Diana Beyer, Maren Jütz*

Politische Bildung im Jugendstrafvollzug.  
Spezifika, Themen und Definitionen – Ein Zwischenbericht 147

*Niels Gatzke*

Ein Präventionsrat zur Aktivierung der Zivilgesellschaft 167

*Joschka Gatzlaff*

Radikalisierungsprozesse in Haft – Das „System fit machen“ 171

*Thomas Gill*

Demokratieförderung, politische Bildung und Prävention im  
Kontext von Flucht 175

<i>Nadine Jukschat, Maruta Herding, Maria Jakob</i> Demokratieförderung im Strafvollzug. Erfahrungen aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“	187
<i>Kari-Maria Karliczek, Jasmin Rocha</i> Chancen und Grenzen von Partizipation. Die Organisation partizipativer Prozesse im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“	207
<i>Christoph Kopke, Philipp Kuschewski</i> Das Kooperationsprojekt „Politische Bildung und Polizei“	229
<i>Tobias Lehmeier, Laura Liebscher</i> Qualitätsstandards in der Ausstiegsarbeit aus der extremen Rechten	245
<i>Svenja Pasternack</i> „Grenzerfahrungen“. Ein Modellprojekt zur Stärkung der Demokratiefähigkeit und Rechtsextremismusprävention bei jungen Menschen	253
<i>Helmolt Rademacher</i> Gewaltprävention und Demokratiepädagogik in der Schule	261
<i>Larissa Sander</i> RADIKAL ICH – Prävention durch Identitätsstärkung	269
<i>Kerstin Sischka</i> Professionell arbeiten unter extrem(istisch)en Bedingungen?!	277
<i>Ann-Sofie Susen</i> Diskursive Beteiligung im Gemeinwesen: Der Ansatz „Community Communication“	289
<i>Yvette Völschow, Marlene Gadzala</i> Toleranz und Sicherheitsempfinden in einer strukturschwächeren Kleinstadt	299
<i>Stephan Voß</i> Der Neuköllner Aufruf der Initiative Gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention (IGG)	315

*Harald Weilnböck*

Intensivpädagogische politische Bildung –  
Narrative Gesprächsgruppen an Schulen im ländlichen  
und kleinstädtischen Raum

319

**III. Autor\*innen**

369